de

Press release | 13.06.2013

Berufsanerkennungsrichtlinie

Höhere Mobilität und weniger Bürokratie bei der Stellensuche in ganz Europa

Parlament und Rat haben sich gestern Abend nach langen Verhandlungen auf einen Kompromiss zur Revision der Berufsanerkennungsrichtlinie (2005/36/EG) geeinigt. Dazu erklärt **Heide Rühle**, binnenmarktpolitische Sprecherin der GRÜNEN/EFA:

"Die Richtlinie wird die Mobilität von Berufstätigen in vielen Bereichen erleichtern, was vor allem vor dem Hintergrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa ein wichtiger Schritt ist. Gleichzeitig garantiert die Richtlinie hohe fachliche Standards. In vielen Berufen kann die Anerkennung von Berufsabschlüssen künftig mit Hilfe eines elektronischen Zertifikats, dem sogenannten "Europäischen Berufsausweis", unbürokratischer und einfacher gestaltet werden.

Umstritten war, ob das Fachabitur Voraussetzung für die Berufsausbildung bei Gesundheits- und Krankenpflegerinnen werden soll. In den Verhandlungen einigten sich Parlament und Rat darauf, den Mitgliedsstaaten auch weiterhin zu gestatten, Gesundheits- und Krankenpflegern auszubilden, die zuvor nur zehn Jahre die Schule besucht hatten. Die Gesundheits- und Krankenpflegeausbildung bleibt damit ein klassischer Ausbildungsberuf.

Anfängliche Versuche, die Standards der dualen Berufsausbildung zu senken, konnten abgewendet werden. Den Mitgliedsstaaten wird mit einer Opt-Out-Lösung ermöglicht, einen auf europäischer Ebene verabschiedeten Ausbildungsrahmen mit niedrigeren Standards abzulehnen.

Mit einem Vorwarnmechanismus sollen alle Mitgliedsstaaten künftig über bestimmte Berufsangehörige informiert werden, die aufgrund von schweren Verfehlungen nicht länger berechtigt sind, ihren Beruf auszuüben. Dazu gehören Mediziner ebenso wie Tierärzte, Gesundheits- und Krankenpfleger oder Erzieher. Fälle, in denen Berufsangehörige ein nationales Berufsverbot dadurch umgingen, indem sie sich in einem anderen Mitgliedsstaaten niederließen, sollen damit der Vergangenheit angehören.

Kleinere Details müssen noch verhandelt werden. Danach wird das Verhandlungsergebnis im Binnenmarktausschuss diskutiert und frühestens nach der Sommerpause im Plenum abgestimmt."

Recommended

Press release



Greens/EFA in Vilnius: Lithuanian Presidency must lead…

05.11.2026

Press release

@gettysignature



[U-turn by Conservatives and Social Democrats Puts Jobs…]

04.11.2026

Press release

Tim Hurst (CC BY-SA 2.0)



[Methane Regulation: European Parliament capitulates to…]

22.10.2026

Press release

European Council



Meet Nicolae Ștefănuță at the Summit of Heads of State…

15.10.2026

Please share

- E-Mail